

6



FICHEN FRITZ

Elektrowatt denunziert Umweltschützer



Der Sekretär des WWF Graubünden und der Sekretär des Zürcher Naturschutzbundes sind bei der Stadtpolizei Zürich seit 1989 fichiert. Der Grund für den Eintrag: Die Zürcher Elektrowatt hat die beiden Umweltschützer beim Staatsschutz denunziert. Beide hatten sich gegen ein Pumpspeicherwerk in Graubünden eingesetzt, das von der Elektrowatt geplant wird. Wenn's um wirtschaftliche Interessen geht, vertraut die Elektrowatt auf die Mithilfe der politischen Polizei.

Im Val Curciousa beim San-Bernardino-Pass planen die Misoxer Kraftwerke (eine Tochtergesellschaft der Elektrowatt) einen 122 Meter hohen Staudamm, der 60 Millionen m³ Wasser speichern soll. Gegen den Bau dieses Pumpspeicherwerks, das auch Atomstrom speichern wird, wehren sich Bündner Umweltschützer seit Jahren. Sie wollen die Zerstörung des heute noch intakten, unberührten Bergtales verhindern.

Im Herbst 1989 rief der WWF Graubünden zu einer Aktion «Viva Curciousa» auf. Auf einer Wanderung ins abgelegene Tal wurden mit grossen Luftballonen und Transparenten die geplanten Bauwerke im Gelände «markiert», Reden gehalten und ein Zvierli gegessen.

Die Elektrowatt in Zürich witterte hinter dieser friedlichen Aktion offenbar eine staatsfeindliche Agitation. Ein Schreiben des WWF Graubünden mit Informationen zum geplanten Pumpspeicherwerk leitete die Elektrowatt direkt an die Zürcher Stadtpolizei weiter. Und diese hielt in ihrem Schnüffeldossier fest: «Durch die Elektrowatt AG gelangten wir in den Besitz eines fotokopierten Schreibens des WWF Graubünden, in welchem ausführlich auf die Thematik des projektierten Pumpspeicherwerkes im Val Curciousa eingegangen wird.» Als Organisator der Wanderung konnten die Zürcher Staatsschützer «Lüthi Peter, Regionalkoordinator WWF Schweiz, wohnhaft in Chur» ausfindig machen. Am gleichen Tag erhielt Lüthi seinen ersten Fichen-Eintrag in Zürich: «Aktion

gegen die Verwirklichung des Pumpspeicher-Projekts im Val Curciousa GR, der Elektrowatt AG Zürich. Er ist Regionalkoordinator des KT GR vom WWF-Schweiz. Er organisierte gegen das Projekt eine Protestwanderung.»

Ähnlich erging es einem anderen Umweltschützer. Dieser hatte einen Monat zuvor als Kleinaktionär an der Generalversammlung der Elektrowatt das Wort ergriffen und sich gegen die Unterwasserssetzung des Bergtales gewehrt. Ohne Erfolg. Sein damaliger Auftritt hat aber trotzdem Spuren hinterlassen. Seit kurzem weiss der Kleinaktionär, dass seine Äusserungen an der für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Aktionärsversammlung von den Zürcher Staatsschützern fichiert wurden. Zitat aus seinem Eintrag: «An der Generalversammlung der Elektrowatt AG, Zürich, im 'Kasino Zürichhorn', welche von unserer Dienststelle überwacht wurde, meldete sich ein Minderheitsaktionär A. Welti, Tamins, zu Wort und sprach sich gegen das Pumpspeicher-Projekt aus. ... Genannter oppositioneller Sprecher konnte nunmehr identifiziert werden.» Es handelte sich um André Welti, Sekretär des Zürcher Naturschutzbundes.

Die Denunziation bei der politischen Polizei hat der Elektrowatt vorläufig nichts genutzt. Denn bauen kann sie im Val Curciousa vorderhand noch nicht. Der WWF Schweiz und der Bund für Naturschutz haben beim Bundesgericht Beschwerde gegen die Unterwasserssetzung des Bergtales eingelegt.



Das Rollback der Staatschützer läuft auf vollen Touren. Bundesrat Koller, das EJPD und der Fichen-delegierte Gut scheinen langsam wieder Oberwasser zu gewinnen. Es sei hier nur an die Berichte des besonderen Vertreters des Bundesanwaltes, Fabio Righetti, und des alt Bundesrichters Schweri erinnert, oder an den Bundesgerichtsentscheid in Sachen Fichenkompetenz. Insbesondere die beiden Untersuchungsberichte sollen die Resultate der PUK I, die zu einer öffentlichen Entrü-

stung geführt haben, verharmlosen. Ob die Herren Righetti und Schweri dies beabsichtigten oder nicht, spielt meines Erachtens eine untergeordnete Rolle – der öffentliche Effekt der

ROLLBACK

Verharmlosung der ganzen Fichenaffäre scheint vorerst gelungen. Dies zu einem Zeitpunkt, in dem mit der Veröffentlichung des Untersuchungs-

berichtes über die Staatschutzaktivitäten im Kanton Basel-Stadt deutlich wird, dass die verantwortlichen Basler Staatsschützer seit mehr als einem Jahr Unwahrheiten über «rein kantonale Staatschutzaktivitäten» verbreiteten und auf skandalöse Weise Staatsschutzdaten an Dritte weitergegeben haben. Zudem versucht Bundesrat Koller, den Staatsschutz im Datenschutzgesetz mit einer Generalklausel zu regeln, um ja nicht mit einem Staatsschutzgesetz vor das Volk treten zu müssen.

Zum Glück konnte diese Generalklausel mit der Beschränkung auf fünf Jahre in der vergangenen Nationalratsdebatte ein wenig abgeschwächt werden. In diese Rollback-Strategie passt auch, dass Bundesrat Koller bereits angetönt hat, dass die Dossiers nur sehr beschränkt geöffnet werden sollen. Der Schlussstrich unter die Fichenaffäre darf noch lange nicht gezogen werden! Wir Fichierten sind aufgefordert, Gegensteuer zu geben. Thomas Baerlocher, POB-Nationalrat, Basel-Stadt

AUS DEM INHALT

SEITE 3:

Das Bundesgericht im Offside

SEITE 4:

Älpler als Freiwillig

SEITE 5:

SDA: Schweizerische Denunzianten Agentur

SEITE 6:

Die geheimen Bupo-Dossiernummern

SEITE 8:

«amnesty international» 135 mal fichiert

PUK-Berichte fürs Ruheklissen

Wer im Sommer Lust und Mut verspürt, sich in die Niederungen des helvetischen Alltags hineinzulesen, für die/den sind hier ein paar Lesetips aufgelistet:

PUK-EJPD Bericht (PUK 1)

Bericht und Ergänzungsbericht sind bei der EDMZ, 3003 Bern zu bestellen.

PUK-EMD Bericht (PUK 2)

Kann beim Komitee «Schluss mit dem Schnüffelstaat» bestellt werden. Preis Fr. 15.-, so lange Vorrat.

Stadt Zürich

Der UK-Bericht zum Staatsschutz in der Stadt Zürich ist 15.- Fr. wert und erhältlich bei der Stadtverwaltung, Postfach, 8022 Zürich.

Spannende Lektüre, detaillierte Auflistung aller bespitzelten Organisationen / Gruppierungen. Ausführliche Kapitel über die Bespitzelung von Ausländerorganisationen, Medienschaffenden. Ergänzt mit vielen Zitaten der zuständigen Polizeibeamten, 284 Seiten.

Kanton Zürich

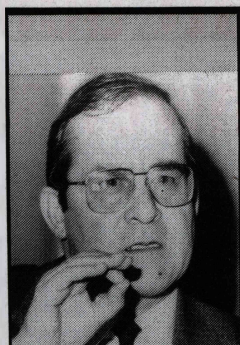
Untersuchung des Nachrichtendienstes der Kantonspolizei Zürich der GPK (Geschäftsprüfungskommission) des Kantonsrates, 145 Seiten, 12.- Fr. Abklärungen auf Sparflamme unter EVP-Kantonsrat Walter Kramer. Insbesondere das berühmte «Büro S», dessen Vorgesetzter Regierungsrat Hofmann der Stadt-Untersuchungskommission Akten vorenthalten hatte, wurde von der kantonalen UK nicht näher untersucht.

Kanton Basel-Stadt

UK Bericht zum Staatsschutz der GPK des Grossen Rates. Wert 20.- Fr, 235 Seiten. Bestellen bei: Staatskanzlei Basel-Stadt, Postfach, 4001 Basel. Insbesondere wichtige Beiträge zum Thema der Verantwortlichkeit in Sachen Registrierung.

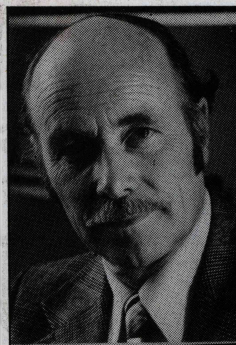
Kanton Basel-Land

Bericht der GPK an den Landrat vom 8. November 1990, 55 Seiten. Erhältlich bei der Landeskantonskanzlei BL, 4410 Liestal.



Fichen-Mann Walter Gut

Schade gibt's Gut Gut gibt's Schrader



Ombuds-Mann Pierre Schrader

Der Fichendelegierte des Bundesrates tut weiterhin alles, um den letzten Rest Vertrauen, den einzelne Fichierte in eine «anständige» Lösung der Fichen-Geschichte noch besitzen, nachhaltig zu zerstören. Wer seine diesbezügliche Hoffnung noch nicht ganz aufgeben will, kann vorläufig noch auf den Fichen-Ombudsmann Pierre Schrader hoffen.

1 Flasche Tip-Ex

Wer geglaubt hat, Walter Gut verschicke Kopien der Originalfichen an die Betroffenen, wurde eines Schlechteren belehrt. Neu verbraucht Gut in seinem Büro nicht nur kiloweise schwarze Filzstifte, er hat auch eine Flasche Tip-Ex auf seinem Pult. Der Trick mit dem Tip-Ex ist besonders gravierend. Während die schwarzen Balken auf den Fichenkopien immerhin anzeigen, dass hier etwas abgedeckt wurde (und die Betroffenen per Beschwerde an den Ombudsmann Schrader die Aufdeckung verlangen können), erstrahlen die mit Tip-Ex behandelten Fichenkopien im strahlenden Weiss. Bisher bekanntgeworden sind Tip-Ex-Spuren auf dem Fichen-Deckblatt: Dort wurden unter der Rubrik «TK» (Telefonkontrolle) oder «PK» (Postkontrolle) Eintragungen überpinselt, damit die Betroffenen nichts von der Überwachung von Telefon und Briefkasten merken. Ombudsmann Schrader wollte diese Art von «Weisswäsche» abstellen. Doch das EJPD

winkte ab: «Das zu wahrende Geheimnis einer Telefonkontrolle ist auch künftig nicht in die Fichenkopie aufzunehmen», verlautete aus dem Departement Koller. Momentan sucht die Verwaltung nach einer Möglichkeit, wie den von der Tip-Ex-Zensur Betroffenen «diese Massnahme in irgendeiner Form zur Kenntnis» gebracht werden soll.

Falsch abgetippt

Oft haben die Bupo-Schnüffler ihre Eintragungen auf so viele Fichen per «Schnaps-Matritzen-Aufdruck» kopiert, dass auf der einzelnen Fichenkopie nichts mehr zu entziffern ist. Walter Gut hat deshalb «unleserliche» Fichenstellen abtippen lassen und dann die «neue» Fiche verschickt. Bekannt wurde diese Abtipperei durch einen Fichierten, der zweimal von Gut beliefert wurde. Einmal mit der «alten», fast unleserlichen Fiche, einmal mit der «neuen» getippten. Und siehe da: Der Eintrag stimmte nicht überein. Gut entschuldigte sich mit einem Versehen («falsch abgetippt»). Und nach einer Intervention von Ombudsmann Schrader verschickte nun Gut abgetippte Fichen mit folgendem Hinweis-Blatt: «Da durch die schlechte Druckqualität einzelne Textstellen beim Kopieren schlecht lesbar geworden sind, haben wir uns entschlossen, die mit einem Kreuz gekennzeichneten Eintragungen neu zu schreiben. Die unveränderte Kopie der Originalkarteikarte

wird zum Vergleich beigelegt.»

Ein neuer Stempel gekauft

Wer beim Fichen-Ombudsmann reklamiert hat, einzelne Ficheneinträge beruhten nicht auf der Wahrheit, wurde an Gut zurückverwiesen: «Es gehört nicht zu meinen Aufgaben, Korrekturen anzuordnen. Zuständig für Korrekturen der Ficheneinträge ist der Sonderbeauftragte. Sollten Sie später ein Korrekturbegehren stellen wollen, so wäre dies direkt an den Sonderbeauftragten zu richten.» Doch auf Korrekturbegehren ist Gut anfänglich gar nicht eingetreten. Im April hat sich Gut nach einer Anfrage des Komitees «entschlossen, die von den Empfängern der Fichenkopien gestellten Berichtigungsbegehren zu behandeln.» Vor allem, weil «die Behandlung von Berichtigungsbegehren für viele Betroffene eine beruhigende Wirkung zu erzeugen vermag». Gut will unrichtige Angaben über Jahrgang, Heimatort, Beruf etc. eigenhändig auf der Karteikarte korrigieren. Berichtigungsbegehren, die konkrete Ficheneinträge betreffen, werden auf der Fiche mit dem Stempel «Bestritten» ergänzt und die Ausführung des Gesuchsstellers werden der Karte beigeheftet. Guts Stempel heisst jetzt «Von der betroffenen Person bestritten», wobei wir über die Bedeutung des abschliessenden Strichpunktes keine abschliessenden Angaben machen können.

Hilfe zur Selbsthilfe

Das Komitee verschickt Merkblätter für alle, die sich nicht mit eingeschwärzten Fichenkopien abspesen lassen wollen. Das allgemeine Merkblatt (gratis) enthält konkrete Tipps mit Musterbriefen für Beschwerden beim Ombudsmann gegen die Abdeckungen, für Gesuche um Dossier-Einsicht, für Einsichtsbegehren bei anderen Kantonen. Achtung: Bei Erhalt der Fichenkopien unbedingt schriftlich Einsicht in die Akten und Dossiers verlangen – wenn das nicht schon beim ersten Einsichtsgesuch gemacht wurde. Denn die Einträge auf den Fichen sind lediglich Kurzfassungen von all den Unterlagen, die sich in den Dossiers befinden.

Ein spezielles Merkblatt (Preis 2.- Fr.) liefert Tipps für eine Beschwerde beim Bundesrat. Diese ist dann nötig, wenn Walter Gut trotz einer anderslautenden Empfehlung des Ombudsmanns einen geschwärzten Ficheneintrag nicht aufdeckt.



ENDLICH!

FICHERMAN LES DESSOUS.

Der Demokratieschutz für den Intimbereich. Für alle, die sauber bleiben wollen.



BESTELLUNG

Ich bestelle...

Tangas für Sie XS (36/38) zu Fr. 19.91
Grösse S (40/42) zu Fr. 23.90
Athletik-Shirts für Sie und Ihn S: M: L: XL:
Tangas für Ihn Grösse S: M: L: zu Fr. 19.91

plus Versandkostenanteil Fr. 3.-

Total Fr.

Vorname, Name:

Strasse, Nummer:

PLZ, Ort:

Datum: Unterschrift:

Bestellbescheinigung an: FICHERMAN'S FANS, P.O. BOX, 3000 BERN 9. Die Lieferung erfolgt gegen Rechnung (Einzahlungsschein). Lieferung «adagio» Versand. Warnung: Mit dieser Bestellung werden Sie automatisch und ungefragt zum gentile member der FICHERMAN'S FANS FEDERATION ernannt und in FICHERMAN'S CNN CENTRAL NAMES NETWORK aufgenommen.

FICHERMAN. BECAUSE THE ENEMY IS EVERYWHERE.

Die P26-Kriegskasse ist weg

lionen Franken in Gold gehen laut Beschluss des Parlaments vollständig an das Rote Kreuz – als Wiedergutmachung, wie es heisst. Unsere Kasse, mit der wir den Widerstand gegen den Schnüffelstaat finanzieren, benötigt wieder einen kleinen Zustupf. Es müssen nicht 3,5 Millionen sein, schon mit 20 Franken sind Sie bei uns vollzahlendes Mitglied. Benützen Sie bitte den beiliegenden Einzahlungsschein – auch zur Erneuerung der Mitgliedschaft. Sie erhalten dann weiterhin viermal im Jahr den neusten «Fichen-Fritz» zugeschickt. Wir möchten unsere Informationsarbeit auch in Zukunft weiterführen. Deshalb benötigen wir jetzt wieder finanzielle Unterstützung. Auch Beträge, die den normalen Mitgliederbeitrag übersteigen, sind willkommen.

Leider kann das «Komitee Schluss mit dem Schnüffelstaat» keinen Franken von der P26-Kriegskasse erben. Die 3,5 Millionen Franken in Gold gehen laut Beschluss des Parlaments vollständig an das Rote Kreuz – als Wiedergutmachung, wie es heisst. Unsere Kasse, mit der wir den Widerstand gegen den Schnüffelstaat finanzieren, benötigt wieder einen kleinen Zustupf. Es müssen nicht 3,5 Millionen sein, schon mit 20 Franken sind Sie bei uns vollzahlendes Mitglied. Benützen Sie bitte den beiliegenden Einzahlungsschein – auch zur Erneuerung der Mitgliedschaft. Sie erhalten dann weiterhin viermal im Jahr den neusten «Fichen-Fritz» zugeschickt. Wir möchten unsere Informationsarbeit auch in Zukunft weiterführen. Deshalb benötigen wir jetzt wieder finanzielle Unterstützung. Auch Beträge, die den normalen Mitgliederbeitrag übersteigen, sind willkommen.

IMPRESSUM

Nr. 6, Juni 1991
Erscheint mindestens vierteljährlich
Telefon: 031 / 45 48 58
Druck: ropress, Zürich
Herausgeber: Komitee gegen den Schnüffelstaat, Postfach 6948, 3001 Bern
Sekretariat Komitee: Catherine Weber und Renat Gerber
Postcheck-Konto: PC 30-4469-3, Komitee Schnüffelstaat, 3001 Bern.
Redaktion: Othmar Bertolosi, Reto Gamma
Satz: Alternative, Umer Monatszeitung
Auflage: 15'000 Exemplare

Mitgliederorganisationen des Komitees «Schluss mit dem Schnüffelstaat»

(in alphabetischer Reihenfolge):

Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt; Alternative Socialist Verte (Nyon); Anti-Apartheid-Bewegung AAB; Arbeitsgemeinschaft Rüstungskontrolle und Waffenausfuhr ARW; Beratungsstellen für Militärverweigerer; CEDRI; Centrale Sanitaire Suisse CSS; Christlicher Friedensdienst CFD; Combat Socialiste Jura; Contratoma Gent; COORDA Stäfa; Demokratische Juristinnen Schweiz DJS; Ecologie et Solidarité Fribourg; Er-

kklärung von Bern EvB; Federazione Colonie Libere Italiane FCLIS; Forum für praxisbezogene Friedensforschung Basel; Frauen für den Frieden Schweiz; Gesamtschweizerische Konferenz für die Stillelegung der AKW GK; Gewaltfreie Aktion Kaiserstuhl GAK; Gewerkschaft Textil Chemie Papier GTCF; Grüne Partei der Schweiz GPS; Grüne und Bunte Solothurn GuBS; Grünes Baselstad; Grünes Bündnis Schweiz; Gruppe Olten; Gruppe Schweiz ohne Armee GSOA; Homosexuelle Arbeitsgruppe Bern und Zürich HAB & HAZ; Homosexuelle u. Kirche – Ökum. Arbeitsgruppe Zürich HuK; IG Ro-

te Fabrik Zürich; Internationale Frauenliga für Frieden u. Freiheit; Junger Landesring der Schweiz JLDJ; Jungsozialistinnen Schweiz JUSA; Komitee gegen die Aushöhung des Asylrechts; Kritisches Forum Uri KFU; Landesring der Unabhängigen LdU; Ligue Suisse des Droits de l'Homme; Mouvement Anti Apartheid MAAS; MOZ Zürich; Netzwerk für Selbstverwaltung; NOGERETE; OFRA Schweiz; Partei der Arbeit Schweiz PdAS; Parti Chrétien Socialiste Fribourg PCS; Partito Socialista Ticinese; Partito Socialista Unitario PSU; POCH Zürich u. Basel; PRODUGA KünstlerInnen-

gruppe; Quartierzentrum Kanzlei Zürich; Rassemblement Jurassien; Schweiz. Arbeiterhilfswerk SAH; Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJ; Schweiz. Energie-Stiftung SES; Schweiz. Friedensbewegung; Schweiz. Friedensrat SFR; Schweiz. Journalistinnen-Union SJU; Soldatenkomitee; Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS; (sowie die Kantonalparteien SP Luzern, Schwyz, Uri, Wasseramt); Sozialistisch-Grüne Jugend Luzern SGJ; Sozialistische Arbeiterinnen Partei SAP; Studentinnenschaft Uni Basel; SUB-Vorstand Uni Bern; Syndikat Schweiz.

Medienschaffender SSM; Terre des Hommes Schweiz, Deutschschweizer Sektion; Verband Schweiz. FilmgestalterInnen; Verband Schweiz. Postbeamten; Verein Feministische Wissenschaft Schweiz; Verein Schweiz. Hand-Freunde; Verein TAS; VPOD Kanton Solothurn; VPOD Schweiz; VSU Uni Zürich; Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme ZAGJ; Züri 1990.

Auch Einzelpersonen können beitreten. Jahresbeitrag 20.- Fr. Einzahlungen an: PC 30-4469-3, Bern, Komitee Schnüffelstaat, Postfach 6948, 3001 Bern.

Der Unsicherheitsstaat

Der Prozess, mit dem das Bundesgericht dem Bundesrat die Kontrolle über die kantonalen Schnüffellakten sicherte.

Von den steinernen Giebeln des Bundesgerichts pfeifen die Tauben auf die Strasse. Auf den Stilgalerien, hinter grandiosen Trennscheiben, balgen gierige Staatskundler mit der reiferen Staatsjugend um einen Sitzplatz mit Sicht auf die Rechtsprechung, die sich in der Tiefe zu entfalten droht. Genf versa Eidgenossenschaft und Eidgenossenschaft versa Basel-Land. Dürfen die Kantone den beschneiften entgegen der Verordnung des Bundesrats Einsicht gewähren in die Schnüffelfichen und -Akten, die sie im Auftrag des Bundes angelegt haben?

L'histoire c'est Moi

Die Spannung steigt, als sich fünf schwarzverschaltete Bundesrichter ins Halbdunkel setzen. Der Genosse Referent eröffnet die Runde, vielleicht... Ja, bez. non, es sei hier nicht zu beurteilen, ob die «Tätigkeit» der Bundesanwaltschaft auf einer gesetzlichen Grundlage beruhe. Mag sein. Und der Bundesrat sei nur in ganz ausserordentlichen Situationen zuständig, per Verordnung direkt gestützt auf die Verfassung zur Legiferierung. 1:0. Der Bundesrat stütze seine ausschliessliche Kompetenz zur Regelung auf Art. 17 der Bundesstrafprozessordnung. Dieser Artikel sei mit dem Titel «Gerichtliche Polizei» überschrieben und im Text sei von politischer Polizei nichts zu lesen. Nach heutigen Grundsätzen könne die Bestimmung nicht als gesetzliche Grundlage für eine Legiferierungskompetenz des Bundesrats im Bereich der politischen Polizei gelten. 2:0. Deshalb könne diese Bestimmung nur historisch interpretiert werden. Und diese Historie fange 1933 an. 1933?? Das hat nichts mit der Architektur des Bundesgerichts zu tun, sondern mit einem dringlichen Bundesbeschluss. Zur Abwehr deutscher Agenten sei die gerichtliche Polizei der Leitung des Bundesanwalts unterstellt worden. Dass 1933 auch noch was war mit

Täglich engagiert und kritisch...

Das Volksrecht ist eine Zeitung der Luxusklasse - für Leute, die sich den Luxus einer eigenen Meinung leisten.



40-Tonnen-Geschützen, die sicher und umweltfreundlich durch den Gotthard hindurch von einem Reich ins andere Reich mussten, das schon bald wieder eins ist, davon redet er nicht. Aber das ist ja egal, - denn Spionage und Sabotage sind Straftatbestände, die von der gerichtlichen Polizei zu verfolgen sind. Der Referent trippelt in den Strafraum. Es sei halt so, dass die Bundesanwaltschaft dann während 5440 Jahren unbeanstandet mit Hilfe der Kantone geschnüffelt habe. Ja, und 1943 wurde das Bundesrechtspflegegesetz geändert und der Art. 8 des dringlichen Bundesbeschlusses ganz nebenbei als Art. 17 in die Bundesstrafprozessordnung überführt. Pressiert's, passiert's. Und keinem Parlamentarier sei es eingefallen zu fragen, ob sich hinter dieser Bestimmung etwas ganz anderes verbirgt, als Titel und Text vermuten lassen. Mit handfesten Lügen von 1933/43 die Schnüffelpolizei von 1966, 1988 oder 2222 rechtfertigen? KeinE SchiedsrichterIn pfeift den Genossen im Offside ab. Der Inhalt lasse sich ausschliesslich durch «subjektiv-historische Gesetzesauslegung» ermitteln. Wie bitte? Die nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung letzte und nur im Notfall anzuwendende Auslegungsmethode wird an den Anfang gestellt? Wortlaut, Grammatik, Systematik und Sinn der Bestimmung, - der Referent denkt nicht mal dran, diese Methoden heranzuziehen. Und das historische Problem mit den Abstimmungen nach 1943, als das Volk zweimal eine zentrale Bundespolizei abgelehnt hat? Der zweite Stürmer rennt dem Referenten zu Hilfe. Da-

mit hätte das Volk nicht die Bundespolizei abgelehnt, sondern nur seine Meinung zum Ausdruck gebracht, dass es die Bundespolizei «SO nicht» wolle. Tja, da ist was dran. Als das Mannesvolk die Gleichberechtigung von Mann und Frau akzeptiert hat, wollte es wohl die bestehende Ungleichheit nicht so, sondern eine andere. Das Volk wird sich in Zukunft vorsehen müssen, wenn es sich in die eigene Geschichte einmisch.

Darf's noch aus der Verfassung sein?

Obwohl sich die Befürchtung, der Genosse Referent würde die Legitimierungskurve nicht finden, als unbegründet erwies, stand für den Crash-Fall weitere Munition parat. Die Bundesrichter überboten sich mit Verfassungsartikeln, in denen eine direkte Legiferierungskompetenz des Bundesrats zu finden sei und hatten für den Fall, dass Widerrede aufkommen sollte, noch gar Köstliches im juristischen Kohlenkeller liegen: Da der Staat ohne Sicherheit gar nicht entstehen kann, ist ihm seine Sicherheit begrifflich eigen. Pourquoi pas. Legalise Erdebeereis. Warum nur ist den Herren Bundesräten 1933 nicht eingefallen, dass der Staat auch ohne Frauen nicht recht in Gang kommen konnte, und warum haben sie die Gleichberechtigung nicht per Verordnung eingeführt? War es die vorstaatliche Schnüffelpolizei, die Tell Ende Juli 1291 den Weg zur Hohlen Gasse gewiesen hatte? Hat sie den Rütliwurm ohne Staat organisiert und kann heute die Aufregung der Fi-

chierten zu Recht nicht verstehen? So war denn nicht mehr Anlass, von Eingriffen in Grundrechte und klaren gesetzlichen Grundlagen und solchen Sachen zu reden. Es ging ja nur um den Kompetenzkonflikt zwischen Grund und Kantonen und nicht um den Inhalt der Kompetenz, capito? Die Grundrechte wurden in der Geschichte ertränkt, an deren Anfang die Fälscher standen. Geboren ist der Unsicherheitsstaat aus dem Stoff, der uns zum Schäumen bringt.

War es der juristische Staatsstreich? Indem sich das Bundesgericht für eine Bundeskompetenz im Staatsschutz entschieden habe, habe die staatspolitische Vernunft obsiegt, schrieb die NZZ am Tag danach. Fürwahr, mit mehr Rechtsprechung und weniger Staatsraison wäre es kaum zu schaffen gewesen. Hat also der Rollback, der juristische Staatsstreich im Wortsinn stattgefunden? Das Bundesgericht hat sich ein paar Türen offengelassen, durch die noch Wind durchziehen könnte. Wir haben mit guten Gründen erwartet, das Bundesgericht werde dem Bundesrat die nichtgerichtliche Schnüffelpolizei kompetenz sofort und definitiv entziehen. Um diesen Entscheid hat es sich auf trickreiche Weise herumgedrückt. Die Bundesrichter haben aber ausdrücklich schwerste Zweifel geäussert, dass Bundesrat oder Bundesanwaltschaft heute noch aus Art. 17 der Bundesstrafrechtspflege die Kompetenz herleiten können, ihren gesontenen aussergerichtlichen Nachrichtendienst gegen die eigenen BürgerInnen fortzusetzen. Konklusion: Das Urteil ist nur ein historischer Teilstaatsstreich und es muss weiterhin davon ausgegangen

werden, dass die Schnüffelpolizei nach heutigem Verständnis über keine gesetzliche Basis verfügt. Fliegt das vom Bundesrat versprochene Staatsschutzgesetz durchs Referendum, muss sie weg. Wird dieses seit langem versprochene Gesetz aber nicht vorgelegt, kann sie faktisch nur durch die SOS-Initiative beseitigt werden. Die Einreichung der Initiative ist nun tatsächlich dringend geworden. Wenn die Schnüffelpolizei auf dem institutionellen Weg und keinem anderen abgeschafft werden soll.

Wann sehen wir unsere Schnüffellakten?

Das Bundesgericht hat dem Bundesrat die ausschliessliche Zuständigkeit zugeschanzt, den Betroffenen Einsicht in die kantonalen Fichen und Schnüffellakten zu gewähren. Und damit den Bock zum Hofgärtner gemacht. Immerhin haben einzelne Richter vieldeutig angedeutet, sie hätten sich nicht dazu zu äussern, ob die bundesrätliche Einsichtsverordnung vor der Bundesverfassung und der Menschenrechtskonvention materiell standhalten würde. Unsere zweite Hoffnung, das Bundesgericht werde nebenbei die ungute Abdeckungs- und Verschleppungspraxis knacken, wurde enttäuscht. Zu fürchten ist aber, dass das Bundesgericht, erschreckt von der Anzahl der einsichtsbegehrenden Beschneiften, sich selbst vor zukünftigen BeschwerdeführerInnen schützt, indem es auf Beschwerden gegen die Entscheidungen des Sonderbeauftragten oder des Bundesrats nicht eintreten wird. Damit würde es sich definitiv in ein Bundesstaatschutzgericht wandeln und zulassen, dass den Fichierten faktisch die Einsicht in die viel aufschlussreicheren kantonalen Akten verweigert wird und es zur Ficheneinsicht 2000 kommt. So könnte der Bundesrat ungestraft einen millionenschweren Sonderkredit für das zentrale Akteneinsichtsverfahren vorlegen und vorsätzlich im Parlament scheitern lassen. Dann, meine Herren, denn Damen führen Sie keine, könnte das passieren, was an der Fichendemo nicht passiert ist. Dann könnten die, die trotz aller Empörung glaubten, diesen verlogenen Schnüffelstaat mit den Resten von Demokratie und Rechtsstaat wieder ins Lot zu bringen, bzw. die, die dort zu verhindern suchten, dass die Taubenstrasse schon gebrandschatzt wird, über den Unsicherheitsstaat ins Grübeln kommen.

Rainer Weibel

VORWÄRTS
SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG

Der Vorwärts kämpft...

Ich bestelle den Vorwärts 4 x gratis zur Probe

Name **VORWÄRTS**
Strasse **Postfach 8701**
PLZ, Ort **3001 Bern**
031 25 47 00

Die Woz gewährt vollumfängliche Einsicht

in die offizielle und in die andere Schweiz. Die Woz holt keine Geheimnisse, nein, es macht ihr sogar Spass, Geheimnisse zu verraten.

Wie wissen schon ... Woz die Wochenzeitung

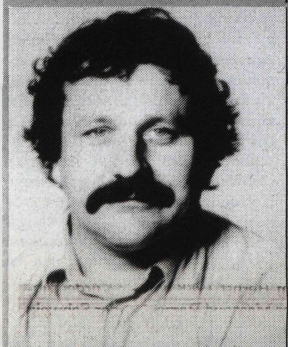
Ich möchte die Woz 4 Wochen lang gratis kennenlernen
Ich wünsche ein Schnupper-Abo für 25 Franken während 3 Monaten
Ich abonniere das Volksrecht
für 150 Franken im Jahr
für 80 Franken im Halbjahr

Name:
Vorname:
Strasse:
PLZ/Ort:
Volksrecht, Engelstr. 64, Postfach, 8021 Zurich

Volksrecht

Falsch denunziert, trotzdem fichtert

Die Bupo schreckte nicht davor zurück, auch übelste Denunziationen in ihren Kellern zu archivieren. Fünf Jahre nach der Entführung und Ermordung des deutschen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer schwärzte ein Polizei-Informant in Zürich einen unbescholtenen Bürger aufs schärfste an: Z. sei mit der terroristischen Aktion gegen Schleyer in Zusammenhang gestanden. Der Zürcher Staatsschutz glaubte dem Denunzianten nicht ganz: «Der Gehalt seiner Angaben wird als zu gering eingestuft. Auf weitere Nachforschungen wird verzichtet», heisst es in der Fiche. Trotzdem archivierten die Zürcher die Denunziation und schickte sie weiter zur Bupo nach Bern. Die Bundesanwaltschaft lagerte die jeglicher Grundlagen entbehrende Lügengeschichte bereitwillig in ihre umfangreichen Bestände ein – nicht, ohne vorher das ganze Dossier gleich auch der deutschen Terroristenabwehr weiterzuleiten. So rasch gerät durch Denunzianten-Schweimereien ein Schweizer Bürger in internationale Register der Terroristen-Sympathisanten.



007 lässt grüssen

Die Polizisten der Bupo fühlen sich gerne mal als Spione vom Schlag eines James Bond, auch 007 genannt. Ein Nachahmer dieser Zunft aus der Zentrale Bern notierte auf der Karteikarte des heutigen SPS-Zentralsekretärs René Daguet: «D. trifft sich am 8.7.89 um 17.00 Uhr mit [Name] zum Kirschenpflücken». Daguet hatte damals keinen Kriesbaum bestiegen. Die Bupo-Mitteilung ist selbstverständlich im Agentenjargon chiffriert und bedeutet im Klartext, dass es sich dabei um ein Gespräch handelte, das von anderen nicht mitgehört werden darf. Der Ausdruck «Kirschenpflücken» stammt zwar nicht direkt von James Bond, aber zumindest aus dessen Milieu: verwendet wird er neben der Bupo vor allem von Autoren billiger Agentenromane.

Im falschen Film

Auch vor und hinter die Leinwand des renommierten internationalen Filmfestivals von Locarno steckten die allgegenwärtigen Staats-Spitzel ihre Schnüffler-Nasen und registrierten 1976 die Namen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Der Standard-Text auf den entsprechenden Karteikarten liefert die Begründung für die an eine Schmierenkommödie erinnernde Schnüffelei: Die aufgelisteten Film-Pachleute wurden in Bern fichtert, weil sich unter den Besucherinnen und Besuchern des Festivals «eine grosse Zahl von Teilnehmern aus den Oststaaten» befanden. Das genügt der Tessiner Polizei bereits, um von der Piazza Grande eine umfangreiche Liste mit den Namen von «Filmschauspielern, Filmkritikern, Filmoperatoren und Regisseuren» nach Bern zu schicken.



Ein Äpler macht sich in Graubünden schnell verdächtig. Offizielle Verdachtsmomente: «ungewohnte Umgebung»; «ungewöhnliches Gepäck» auf dem Rücken; zur «Unzeit», nämlich vor 6 Uhr morgens, unterwegs; mögliches Delikt: Beschädigung des Gatters im Hintergrund.

Dass Äplerinnen und Äpler besondere Staatsfeinde sind, wissen wir seit der Entdeckung der Bündner Äplerkartei. Die Bündner Kantonspolizei überwachte während Jahren systematisch, was sich während den Sommermonaten auf den Bündner Alpen bewegte und zwei Beine hatte. Das Resultat: Jahr für Jahr wurden auf den 300 Bündner Alpen rund 900 Personen kontrolliert. Der «Fichen-Fritz» erhielt ein internes Papier zugespielt, das beweist: Auch im Sommer 1991 wird auf Bündner Alpen fleissig fichtert.

Für die Bündner Polizei handelt es sich bei der Äplerkartei um eine rein «kriminalpolizeiliche Registratur», die zur Verhinderung von Straftaten (etwa Diebstählen) diene. Doch diese Ausrede verfährt nicht. Tauchten doch Daten aus der Bündner Äplerkartei auch in den Bupo-Fichen auf. Und Fichen aus dem Kanton Zürich belegen, dass auch die Zürcher Staatsschützer Zugriff auf die in Chur gesammelten Äplerdaten hatten. Die Kritik an der immensen Schnüffeltätigkeit zeigt in Graubünden keine Wirkung. Im Gegenteil. Der «Fichen-

Fritz» kann mit einem internen Dokument der Bündner Kantonspolizei belegen, dass auch in diesem Sommer ÄplerInnen mit einem Schnüffeleinsatz der Kantonspolizei rechnen müssen. Laut diesem internen Merkblatt wird auch in Zukunft alles «Verdächtige» wacker registriert. Wobei die neuen Schnüffel-Kriterien der Kantonspolizei zeigen, dass die Registrierwut keine Grenzen kennt: Wer in «ungewohnter Umgebung», zu «Unzeiten» oder mit «ungewöhnlichem Begleiter oder Gepäckstück» von einem oft als Jäger verkleideten Bündner Staatsschutzbeamten gesehen wird und auch noch «unglaubliche» Angaben macht, kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass er/sie sofort fichtert wird. Auch nur einer dieser «Verdachtsmomente» genügt für den Eintrag auf der kantonalen Fiche der Alpkontrolle. Die Bündner Kriminalpolizei hält zuhanden der an den «Bezirksrapporten 1991» versammelten Kantonspolizisten sogar ausdrücklich: Der «Verdacht muss nicht konkretisiert sein.» Für ÄplerInnen entpuppt sich damit die «Feriencke der Schweiz» auch weiterhin als ein «Schnüffelgebirge der Nation».

«Auf der Alp da gibt's nur Sünd.»

Bezirksrapporte 1991: Kriminalpolizei

5. Personen-Kontrollkarten Alpkontrolle

(Kapo VO Art 4/5)

Kriterien für die Erstellung einer Karte

➔ Verdachtsmomente

- Auffälliges Verhalten in ungewohnter Umgebung
- Aufenthalte an Orten, wo regelmässig Delikte gesetzt wurden
- Zur «Unzeit» festgestellte Personen, ohne plausiblen Grund
- Unklare Aufenthalts- und/oder Arbeitsregelung
- Ungewöhnliche Begleiter/Gepäck
- Angaben unglaubwürdig, nicht überprüfbar

➔ Verdacht muss nicht konkretisiert sein

➔ Hinweis auf Kontrollkarte über Grund der Ausstellung (Aufbewahrungsdauer max 3 Jahre)

Die Bündner Alpkontrolle sieht auch für 1991 eine Totalfichierung der Äplerinnen und Äpler vor. Befürchtet die Obrigkeit am 1. August einen Aufstand mit Höhenfeuer, Burgensturm und allem was dazugehört?

FICHEN-FRITZ fischt frische Fichen

Haben auch Sie vom Fichen-Verwalter Gut aus Bern eine Schnüffelpolizei-Fiche erhalten? Dann sollten Sie daran denken, dem Komitee «Schluss mit dem Schnüffelstaat» eine Kopie davon zu senden! Nur wenn wir möglichst viele Fichen zu Gesicht bekommen, können wir das wirkliche Ausmass des Fichen-Skandals erfassen und unsere politische Arbeit fortsetzen.

- Wir wollen die Arbeitsweise der politischen Polizei aufdecken!
- Wir wollen die Öffentlichkeit informieren!
- Wir wollen für die Abschaffung der politischen Polizei kämpfen!

Sie haben Bedenken, Ihre Unterlagen an unbekannte Leute zu senden? Wir verstehen das sehr gut. Aber wir können Sie beruhigen: Ihre Fichen werden streng vertraulich behandelt und bei uns sicher verwahrt. Und besonders wichtig: Veröffentlicht wird überhaupt nichts ohne Ihr ausdrückliches Einverständnis.

Für Ihre Mitarbeit dankt das Komitee «Schluss mit dem Schnüffelstaat», Postfach 6943, 3001 Bern. Telefon 031/45 48 58

SDA: Schweizerische Denunzianten Agentur

(0)960.0

27.7.72

Aktennotiz betr. Überprüfung der Personalliste der SDA. Innerhalb der SDA arbeitet zur vollsten Zufriedenheit der Direktion.

(0)960.1/243

27.12.76

v. Pol Kdo BE: Notiz betr. linke Unterwanderung der SDA. Erwähnt ist u.a. der bei der Swissair von seinem Journalistenrabatt profitiert, indem er bereits mehrmals nach Ostberlin geflogen ist.

Besonders in den 70er Jahren interessierten sich die Staatsschützer im Justiz- und Polizeidepartement intensiv für die wichtigste Nachrichtenagentur der Schweiz. Sie konnten dabei auf bewährte Spitzel-Dienste zurückgreifen: Eine oder mehrere bisher noch nicht identifizierte Verbindungspersonen in der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) lieferten offenbar mehr oder (meistens) weniger zutreffende Informationen über SDA-Medien-schaffende an die Bundesanwaltschaft oder an die Berner Kantonspolizei.

Zwischen der Bupo und der SDA herrschten «gute» gegenseitige Kontakte, die zu einem regen Informationsfluss in beide Richtungen führten. Der «Fichen-Fritz» berichtete bereits über den Fall eines Journalisten, der aufgrund eines kurzen

Telefongesprächs zwischen der SDA und der Bupo seinen Arbeitsplatz bei der Depeschagentur verlor. Die SDA als privater Arbeitgeber holte in diesem Fall bei der Bupo Informationen ein, die dazu führten, dass B. keine definitive Anstellung erhielt. Die Beschnefflung der Depeschagentur durch die Bundespolizei erreichte in den 70er Jahren ihren Höhepunkt. Das Gespenst der «linken Unterwanderung» spukte zu dieser Zeit gewaltig in den Köpfen der Schnüffelpolizisten: «27. Dezember 1976: Notiz betr. linke Unterwanderung bei der SDA». Dieser Eintrag findet sich auf verschiedenen Bupo-Fichen damaliger Mitarbeiter der in Bern ansässigen nationalen Nachrichtenagentur. Geliefert hatte den Schnüffellbericht das Kommando der Berner Kantonspolizei. Was den Horror der Staatsschützer vor einer angeblichen «linken Un-

terwanderung» provoziert haben könnte: Mitte der 70er Jahre organisierte sich ein Grossteil des SDA-Personals in der Gewerkschaft «Syndikat Schweizerischer Medien-schaffender» (SSM). Das Interesse der Schnüffelpolizei an der SDA war freilich bereits früher gross. Spätestens ab Beginn der 70er Jahre übermittelte der Nachrichtendienst der Berner Kantonspolizei den Bundesbehörden regelmässig Berichte «betreffend politisch aktiver Personen bei der SDA», so beispielsweise auch im November 1971. In jenen Jahren verfügte die Bundesanwaltschaft aber auch über einen direkten Draht zur SDA: Ein oder mehrere bisher nicht eruierte Informanten lieferten den Staatsschützern Angaben über Arbeitskollegen. So heisst es auf der Fiche des SDA-Journalisten Y unter dem 27. Juli 1972: «von XXXXX (Kürzel

durch den Fichen-Delegierten Walter Gut abgedeckt): Aktennotiz betr. Überprüfung der Personalliste der SDA. (...) Innerhalb der SDA arbeitet Y. zur vollsten Zufriedenheit der Direktion.» Die Spitzel innerhalb der SDA leiteten alle Arten von «Informationen» an die Bupo weiter: Y. habe «bei der Swissair von seinem Journalistenrabatt profitiert, indem er bereits mehrmals nach Ostberlin geflogen ist». Das hatte für Y. prompt einen «Extremisten»-Stern und einen Eintrag in der «Extremisten»-Kartei zur Folge. Und das, obwohl die «Informationen» absolut hanebüchen waren: Y. flog nie nach Berlin, und mit der Swissair schon gar nicht. Die Schweizer Luftfahrtgesellschaft darf Berlin erst seit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 anfliegen.

Bei High-Tech sieht Bupo rot

(0)948.0/586

18.6.86

Form. 6.59, durch die Fa SIEMENS ALBIS zu spät - erst nach Anstellung des ... und weiterer uns bekannten Personen - gestellt.

(0)951.6

18.6.86

v. ... Notizen zu obigem. Besprechung mit Betriebs-sicherheitsdienst der Fa SIEMENS ALBIS. Sie zeigte Divergenzen auf i.S. Sicherheitsdenken in dieser Firma.

In High-Tech-Firmen redet die Bundesanwaltschaft bei der Personalpolitik ein gewichtiges Wort mit. Arbeitgeber, die sich nicht jede Schikane der Berner Staatsschützer gefallen lassen, erhalten böse Rüffel und geraten ins Zwielicht. Der Elektronik-Hersteller Siemens-Albis AG in Zürich wurde beispielsweise 1986 von der Schnüffelpolizei verdächtigt, Staatsfeinde zu beschäftigen.

Mitte 1986 nahm die Siemens-Albis AG mehrere bei der Bundesanwaltschaft wegen politischer Aktivitäten fichtete Techniker unter Vertrag. In

der Schnüffelzentrale an der Taubenstrasse in Bern schrillten daraufhin die Alarmglocken und die Siemens-Albis geriet in den Verdacht, sich nicht staatschutzkonform zu verhalten. Schon bald darauf erhielt der Betriebssicherheitsdienst der Firma unliebsamen Besuch vom Staatsschutz und musste sich die Kappe waschen lassen, weil er sich in bezug auf die militärische Sicherheitsüberprüfungen allzu salopp gab. Bei der Anstellung des Technikers X. und «weiterer uns bekannter Personen» (im Klartext: bei der Bundesanwaltschaft registrierter Leute)

habe Siemens-Albis die erforderliche Meldung zu spät, das heisst, erst nach der Unterzeichnung des Arbeitsvertrags nach Bern geschickt, notierte ein erzürmter Bupo-Beamter. Der Grund für den Zorn des Schnüfflers: Bei Firmen, die wie die Siemens-Albis im Rüstungsbereich tätig sind, redet die Bundesanwaltschaft in der Personalpolitik ein gewichtiges Wort mit. Mit dem Formular «6.59» müssen geplante Einstellungen von Personal, das in militärisch sensiblen Abteilungen beschäftigt werden soll, zwecks näherer Überprüfung nach Bern gemeldet werden.

Noch schlimmer als der nachlässige Umgang der Siemens-Albis mit der Meldepflicht war aber die Tatsache, dass die Betriebsschützer in Zürich vor der Bupo keineswegs kuschten. Nach einer «Besprechung mit dem Betriebssicherheitsdienst» notierten die Staatsschützer entnervt, dass weiterhin «Divergenzen in Sachen Sicherheitsdenken» bestünden. Oder anders gesagt: Bei der Siemens-Albis sind unzuverlässige Leute am Drücker. So schnell wird - wo Spitzel- und Denunziantentum herrschen - der Freund (und Helfer) zum Feind und der Spitzel zum Fichtierten.

Fot de traducktion

Das Bundesamt für Justiz führt ein «Register der Sammlung der Personendaten», die beim Bund geführt werden. Unter den mehreren hundert Datensammlungen fallen jene im Bundesamt für Energiewirtschaft (BEW) besonders auf. Im offiziellen Register heisst es auf Seite 138: «Die Beschwerden im Zusammenhang mit Bewilligungsverfahren für Kernkraftwerke oder Versuchsbohrungen der Nagra werden in der Geschäftskontrolle registriert. Das BEW führt auch die Liste der Teilnehmer an Kernkraftdemonstrationen.» Schnüffelt neben der Bupo auch das Bundesamt für Energiewirtschaft bei Anti-AKW-Demonstrationen? Nein, behauptet der Sprecher des Bundesamtes für Justiz. Das Ganze sei ein Übersetzungsfehler. Im französischen Original der Liste heisst es, das BEW «tient également la liste des participants aux manifestations en matière d'énergie nucléaire». Und das seien keine Anti-AKW-Demonstranten, sondern das Gegenteil: Teilnehmer an Veranstaltungen der internationalen Kernenergie-Organisationen. Wer's nicht glaubt, soll sich schriftlich beim Bundesamt für Energiewirtschaft, 3003 Bern, erkundigen, ob er auf einer dieser Listen geführt wird.



Kurdenführer wartet auf Fiche

Im Herbst 1988 hat der Kurdenführer Massoud Barzani in der Schweiz über die irakischen Giftgasangriffe gegen sein Volk informiert - und wurde, wie könnte es anders sein, von der Bupo fichtiert. Barzani hat 1990 einer Schweizer Frau schriftliche Vollmacht erteilt, für ihn Ficheneinsicht zu verlangen. Im April 1991 - während Barzani mit seinen Leuten im Nordirak gegen Husseins Truppen kämpfte - hat Walter Gut den Kurdenführer via seine Schweizer Bevollmächtigte schriftlich folgende Bitte zugesandt: «Um Verwechslungen zu vermeiden, bitten wir Sie, eine Fotokopie eines amtlichen Ausweises (Pass, Identitätskarte, Führerausweis) nachzuzureichen.» Zwei Fragen bleiben dem «Fichen-Fritz» im Hals stecken: Ist eine Verwechslung des Kurdenführers wirklich möglich? Und glaubt Gut tatsächlich, dass ein Kurdenführer einen speziellen «Führerausweis» braucht?

Politiker denunziert Bürger

Der Tiefbautechniker R. aus Schwyz ist ein weitgereister Mann und verschickt von seinen Auslandsaufenthalten Briefe an Schweizer Politiker zu Themen wie Welt-politik, Völkerverständigung oder auch kritische Bemerkungen zu Schweizer Gesamtverteidigungs-übungen. Zu den Adressaten gehörten Mitte der 80er Jahre Nationalrätin Elisabeth Blunschli, Stadträtin Ursula Koch oder der Urm-Ständerat Franz Muheim. Auf seiner Fiche entdeckt der Tiefbautechniker: «R. macht die Armee lächerlich und muss als Armeegegner eingestuft werden.» Der Grund: Ständerat Muheim hatte die private Korrespondenz des R. kurzerhand an den «Sicherheitsdienst der Armee» weitergeleitet und dieser besorgte nach dem Studium des Briefes die Fichierung bei der Bupo.

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

21

Neuer Rassismus

Europa, Nationalstaat, Klassenrassismus; 'Ausländerin' und Gefährter Feminismus; Islam und Machismo; Jüdischer Antisemitismus? Ethische Toleranz; Multikulturalismus und Antirassismus; Kulturrevolution von rechts? Neonazis und Bürgerblock; Armut und Fremdenhass; Antirassismus-Gesetze

E. Balibar, W. Efferding, A. Kalpeka, S. Boos, B. Rothschild, J. Müller, H. Siegfried, H.U. Jost, J. Frischmeyer, U. Meier, B. Koppe, B. Leuthardt

Diskussion

Gottfried und Kries der neokolonialen Weltordnung; G. Hischer, Was heisst Zivilgesellschaft? H. Kleger, Zivilgesellschaft und Nation; G. Fulberth, Gramsci und die Religion; J. Rahmann

Rezensionen / Zeitschriftenschau

11. Jg./Heft 21 - Juni 1991

Fr. 15.-

friedenszeitung

Bespitzelung von innen

Das ist eines von vielen Themen, die in der *friedenszeitung* monatlich zur Sprache kommen. Sie berichtet weiter über demokratiefeindliche Aktivitäten des EMD, Waffenhandel, Asylpolitik, aber auch über den vielfältigen Widerstand gegen die Militarisierung des Alltags.

Bitte schickt mir

☐ Probenummern

☐ Jahresabonnement (Fr. 50.-)

Name

Adresse

Einsenden an: *friedenszeitung*, Postfach 6386, 8023 Zürich oder Telefon 01/242 85 28

Die Dossiernummern auf den Bupo-Fichen sind ein wichtiger Schlüssel für die Ziffernierung von abgedeckten Einträgen. Die Bupo ist nicht bereit, die Liste der Dossiernummern herauszurücken. Der "Fichen-Fritz" hat aufgrund von Vorarbeiten der "WoZ" hier die aktuellste Liste zusammengestellt. Die Bedeutung der einzelnen Nummern wurde aus Tausenden von Einträgen herausgefiltert. Ungenauigkeiten sind leider nicht auszuschliessen. Insbesondere ist oft unklar, wie eng oder breit eine Kategorie gefasst ist oder ob sich die Nummer auf eine Organisation oder eine Person bezieht. Dieses Nummernsystem ist seit 1980 in Gebrauch. Laut Verordnung vom 5. März 1990 müssen diese Dossiernummern offengelegt werden.

In der Regel sind die Nummern in zwei Teilen zu lesen. Der erste Teil in Klammern gibt Hinweise auf die Städte, Kantone oder Länder, denen die fiktiven Ereignisse zuzuordnen sind. Sind ausländische Staaten involviert, wird in der Regel auch die Richtung des Ereignisses festgehalten. (0:428) betrifft einen Vorgang von der Schweiz Richtung Chile, (428:0) einen von Chile Richtung Schweiz. Der zweite Teil nach den «Klammerzahlen» muss als Ganzes betrachtet werden. Es handelt sich um eine Art Dezimalklassifikation, die das Weltbild der Staatsschützer spiegelt. So sind unzählige Organisationen dem «Strahlungsgürtel» der PdA zugeordnet. Personen mit eigener Dossiernummer sind dort erfasst worden, wo sie den Schnüffelbeamten das erste Mal auffielen. Wenn Rapporte in mehrere Dossiers abgelegt wurden, so ist das Hauptdossier (wo das Original des Rapports liegt) in der Regel mit einem + markiert, die Nebendossiers (mit Kopien des Rapports) mit einem -. Telefon-Abhör-Berichte (TAB), die nicht in ein bestimmtes Dossier abgelegt wurden, sind in der Rubrik Akten entweder mit den Zeichen - - - ausgewiesen oder mit einer meist vier- oder fünfstelligen Zahl (unter der sie zu finden sind). Mitunter steht diese Zahl auch am Beginn des Eintrags als Quelle.

BA	Bundesanwaltschaft
+BAR	Bundesarchiv
D	(im Feld Foto) Foto in einem Dossier abgelegt
EOZD	Eidg. Oberzolldirektion
EV	Ermittlungsverfahren
GWP	Grenzwachposten
KRS	Kleines Rotes Schülerbuch
LISTER	Liste von Terror-SympathisantenInnen (1979/80)
MA	«Ostansprachen»: Kontaktnahme mit Ostblockreisenden
ND	Nachrichtendienst
P	(im Feld Foto) Foto aus Pass vorhanden (z. B. anlässlich einer Ein- oder Ausreise abgelichtet)
PK	Postkontrolle
RV	Rendez-vous
SBA	Schweizerische Bundesanwaltschaft
SDA	Sicherheitsdienst der Armee
TAB	Telefonabhörbericht
TE	Terror
TK	Telefonkontrolle
X	(im Feld Foto) Foto in der Fotosammlung (126'000 Personen) vorhanden
+	eigenössisch/schweizerisch
+Bots.	Schweizerische Botschaft

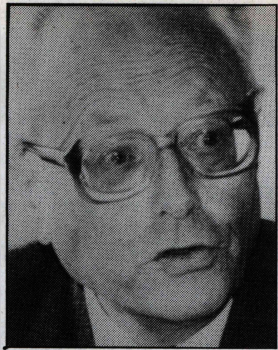
- Auf dem Personalienblatt älterer Fichen: Verdächtigtigkarten («Verärterkartei»)
- Handschriſchlich, oben rechts auf dem Personalienblatt: Verweis auf Extremistenkarte mit dem Jahr der «Beförderung» (70er und 80er Jahre)
- Nach jedem Eintrag, der zur Aufnahme in die Extremistenkartei führte. Oft mehrmals
- Verdächtigenlisten bis Ende der 70er Jahre: ursprünglich 5, später 3 Kategorien. (1=Kader der «Fünftön Kolonne»)
- Verweisungszeichen, z. B. im Fotofeld: Das gleiche Zeichen findet sich bei jenem Eintrag, wo das Foto entstand bzw. abgelegt ist.
- Unten auf dem Personalienblatt bei Leuten, die nach Ansicht der Bupo mit Sprengstoff zu tun hatten.
- Stempel unten rechts auf dem Personalienblatt von Armeeangehörigen, die der Sicherheitsdienst der Armee (SDA) im Auge hatte.
- Unterlagen aus Zollkontrollen (siehe PUK-1-Ergänzungsbericht S.31)
- Hinweise auf die entsprechende Spezialkartei (handgeschrieben oder gestempelt) Entführerkartei
- Dieser Hinweis ist praktisch immer abgedeckt. Er findet sich neben den Namen von Familienangehörigen, welche auf dem Deckblatt der Fiche vermerkt sind und bedeutet, dass auch diese eine Fiche bei der Bupo haben.
- Unter diesem Balken in der Rubrik «Bemerkungen» auf dem Deckblatt versteckt sich der Hinweis «Siehe auch TAB-Fiche». Es existiert in diesem Fall noch eine weitere Telefonabhör-Fiche, die von der Bupo aber bisher noch nicht herausgerückt wird

00/216	Rote Kapelle/Rado		«Oktober», KPS-ML (Komunistische Partei Schweiz, Marxisten-Leninisten)	/628	schaftsabbruch	420	Internationalistische Aktivitäten		tive
00/234	Rote Kapelle/Rössler			/730	Progressive Frauen Zürich		u.a. Schah-Demos	923	Kundgebungen
1/1312/32	Weltjugendfestivals				Organisation für die Sache der Frau Ofra	/5	Anschläge auf türkische Objekte	/228	Spanien-Demos
12	Botschaftskontakte zu	/333	Organisation Klassenkampf			/11		/334	Portugal-Demos
/23	Libyen	/351	Junge Linke Biel/Jeunesse	352	Frauenaktivitäten (u.a. Verein Feministische Wissenschaft)	/51	Komitee Mantovani-Bacchetta	/336	Chile-Demos
/175	China		Lotta di classe, Lotta continua	36/447	Gewerkschaft Kultur Erziehung Wissenschaft GKEW	/84	Palästina-Gruppen	/400	1. Mai- und Nachdemos
/266	DDR	/353	RML/SAP		Komitee Solidarität mit Solidarnosc	/85	Kurdistan-Gruppen		Arbeitskämpfe
/530	Ungarn	/433	RAZ und Umfeld, Kritische Jus-Studenten	36/894	u.a. Fortschrittliche Gewerkschaften Zürich	/43.8	Palästina-Komitee	/82	Streik bei Lip in Besançon (Frankreich) 1973
/954	Sowjetunion	/460	Centre de Liaison Politique Genf	360.0	Gedenkveranstaltung Spanienkämpfer	479	Wiking-Jugend Schweiz	930/345	u.a. Podium Forum Jugend und Armee
16	u.a. Einreisen aus dem Ostblock	/502	Agitation in Betrieben u.a. Komitee Sieg für Indochina	37/230/2	traktistische Aktivitäten, vierte Internationale	/51/39	Inserate zum RAF-Hungerstreik	930/361	Cincera-Affäre
202/199	u.a. Autonome Republik Bunker	/532	Giorgio BELLINI	380	KandidatInnen für Wahlen	/53/34	Komitee zur Unterstützung des internationalen Russel-Tribunals	935	Aktionen gegen das Zivilvertheidigungsbüchlein
205.0/192	u.a. Anti-Schah-Aktionen	/556	Quartiergruppen Aussersihl u.a. Kämpfendes Afrika	380.3	Arbeit in den Betrieben	531/41	Komitee zur Unterstützung des internationalen Russel-Tribunals	936	Agitation gegen die Armee und Justiz
206/220	u.a. Gagak	/688	Neue Linke	380.4	Publikationen (u. a. Veritas-Verlag)	/58/300.8	Demos für Angela Davis	/214	Informationszentrum für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit
211.0	Verfahren der Militärjustiz	31	Kritisches Forum Winterthur	380.5	Comité de solidarité sociale avec les opposants de l'Est (CSSOPE)	/60/913	Longo Mai/CEDRI amnesty international		Arbeitskämpfe
231.0/161	Proteste gegen Bührle (-Prozess)	/623	Kleines rotes Schülerbuch	384	autonome/militante Szene	614	Nicaragua-Solidaritätskomitee	/556	Aktionen gegen Defilees
250	Auftritte von Ausländerinnen	/659	KRS	39	Prozess gegen Rolf-Clemens Wagner	614.0	Empfänge von Botschaften	/558	GSoA
/4	Helder CAMARA	/416	Hydra	/259	Gabi KROECHER/Christian MOELLER	614.2	Anlässe von Botschaften	/575	Zivilschutz-Opposition
26/92	u.a. Kontaktpersonen von Gaston-Armand Amaudruz	/422	Longo Mai (frühe Jahre)	/297	Hungerstreik-Aktionen	630	Aktionen gegen ausländische Einrichtungen	936.0	Antimilitarismus
27	Okogruppen	/506	Rolf THUT	/299	u.a. Anschlag auf Zürcher Amtshaus 25.12.68	67	Veranstaltungen gegen das Franco-Regime	/244	KriegsdienstgegnernInnen
/69	u.a. Internationale Koordinationskonferenz der Anti-Atom-Bewegung ICC	/508	Kommunistischer Jugend-Verband KJV	/390	diverse «Kommunen»	77/344	Abrüstungszustaffete Süddeutschland-Schweiz	/291	IGK Internationale der Kriegsdienstgegnern
/116-26	VCS	/522	Klaus ROZSA	/602	diverse Anschläge	/7/913	Störaktionen gegen Veranstaltungen der Moralischen Aufrüstung	/330	Zeitschrift Offensiv
/204	Anti-AKW-Gruppen (wie GAK, ZAK)	/540	POCH	/603	Gruppe Petra Krause		Meldungen von Grenzstellen	/335	Soldatenkomitees SK
3	PdA, KPs, «Strahlungsgürtel»	/553	zahlreiche Zürcher Gruppen (u.a. FASS, AJZ, Mietergruppen usw.)	/621	Rote Hilfe und Umfeld		Reisen/Reiseabsichten in kommunistische Länder	/351	u.a. Groupe Action Prison
300.0	PdA allgemein	/587	Demos gegen die griechische Junta	/630	diverse Wohngemeinschaften	712	Schah-Besuche		Meldungen von Kommandanten über armeefeindliche Aktionen
/116	u. a. Junge Sektion	312/370	80er Jugendbewegung (Zürich)	/650	Anwaltskollektiv, Büro Bernhard RAMBERT	80	Besuch US-General Westmoreland	/355	Aktion Strafvollzug
/149	Konrad FARNER	/417	Mittel- und Hochschulen	/697	Gewaltfreie Aktion Milchbucktunnel	810.0/2	Visa-Anlegenheiten	/358	Komitee für demokratische Rechte in der Armee
300.2	Mitglieder	/854	diverse Mittelschul- und Studentengruppen (u.a. RSZ)	/698	Komitee gegen Isolationshaft KGI	813.0/34	Fremdenpolizei/Ausweisungen		u.a. Verfahren gegen SK
/59	Theo PINKUS (inkl. Buchladen)	32	Uni Bern	/715	Jim SEILER	82	Aktivitäten des EDA	/362	Aktivitäten
300.50	Einschlägige Medien	/493	Berthold ROTHSCCHILD	/719	Anschlag auf Strafanst. Bostadel	850.0	Arbeiterbewegung, u.a. SP und 1. Mai	/364	Agitation in den Rekrutenschulen
/635	Focus/Tell	/499	Uni Zürich	/721	u.a. Arbeitsgruppe Strafstütz und Psychiatrie	87	verschiedene Meetings (u.a. Portugal, Nicaragua)	/405	Pazifistische Gruppen
/649	das Konzept	/507	Konrad FREI	/753	Peter NIGGLI	911	Berichte zur Lage/Presse Spiegel des Schweizerischen Aufklärungsdienstes SAD	/424	u.a. Tour de Suisse für die Militärdienstverweigerung
/693	Viva	/528	Marxistischer Studenten-Verband	/761	Rudi DUTSCHKE	913	Studentenschaften	/569	Beratungsstelle für Militärdienstverweigerer
/885	Woz	/542	Linke Aktivitäten	/782	Linke Aktivitäten Kultur und Volk	/2	Schweizerischer Friedensrat	936.1/391	Soldatenkomitees SK (ab ca. 1975)
/958	Radio LoRa	/718	Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion GSS	/791	Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen atomare Aufrüstung		Aktivitäten im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit des Jura	937	Sicherheitsüberprüfungen des Sicherheitsdienstes der Armee SDA (inkl. Verdächtigenlisten)
300.54	Einschlägige Filme	320.8/115	Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen atomare Aufrüstung	/800	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung		Anti-Apartheid-Bewegung	940.8	u.a. Bundesarchiv
300.8	Aktivitäten im «Strahlungsgürtel»	33	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	/825	Zeitschrift	/27	Marsch nach Bern (Frauenstimmrecht)	948.0/586	Militärische Sicherheitsüberprüfungen Formular 6.59
/577	Stiftung Salecina Maloja	/1/2	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	/870	Basler Szene	/39	Demonstration vom August 1988 gegen die «Ligue anti-communiste mondiale», die von Geneviève Aubry (Genf) präsidiert wurde.	96	Medien
/650	DrittWelt-Gruppen	/2/2	Östermärsche gegen atomare Aufrüst	/907	Basler «Kommunen»	/50/312	Aktivitäten im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit des Jura	/588	u.a. Radio und Fernsehen
/651	u.a. Aktionen gegen Berufsverbote	/5/2	Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen atomare Aufrüstung	/917	Fredi MEIER		Anti-Apartheid-Bewegung	960/200/1	DRS
/666	Selbstverwaltete Betriebe	/542	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	/920	u. a. Rössli Mogelsberg	/123	Marsch nach Bern (Frauenstimmrecht)		Unterschriftensammlung der Frauen für den Frieden zur Schliessung der Agentur Novosti
/668	DrittWelt-Gruppen	/5/4.14	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	/930	«TE-Szene Zürich»	/218	Demonstration vom August 1988 gegen die «Ligue anti-communiste mondiale», die von Geneviève Aubry (Genf) präsidiert wurde.	960.0	u. a. Medienschaffende
/679	Arbeitslosenkomitee Zürich	/8/0	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	/953	Walter STUERM	/70	Anti-Apartheid-Bewegung	/16	Hans Heinz HOLZ
/692	Demokratisches Manifest	/268	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	4	u. a. Rechtsradikalismus		Marsch nach Bern (Frauenstimmrecht)	/241	Büro Cortesi
/716	Jürg FRISCHKNECHT	/284	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	/371	Kontakte mit der deutschen Neonazi-Szene		Anti-Apartheid-Bewegung	/559	Friedenszeitung
/738	Niklaus MEIENBERG	/299	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	/399	deutsche Neonazis in der Schweiz	914/111	Marsch nach Bern (Frauenstimmrecht)	961	BODS, Bewegung für eine offene und demokratische Schweiz
/751	Aktionen gegen Busipio	/610	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	40	Zeitungsentwurf zum Rechtsradikalismus	/280	Nationale Aktion	983	Proteste gegen den Film «The green Berets» (1969, Demonstrationen in Lausanne und Genf)
/820	Anti-KIS-Komitee	330.4/673	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	40/50	u. a. Patriotische Front	/387	Schweizerische Republikanische Bewegung		Proteste gegen den Film «Africa addio»
/875	Solidaritätsgruppen Zentralamerika	35	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	400.50/49	Zeitschrift Eidgenoss	921	Eidgenössisch-demokratische Union EDU	983/172	
/890	Komitee gegen StGB-Revision	/401	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung	41	Meetings zu Irland, zur griechischen Junta	921/238	u.a. ETH-Referendum		
/910	u.a. asylpolitische Gruppen	/537	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung				Waffenaufhebungsverbot-Initiative		
/941	Widerstand gegen Asylpolitik	/537	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung						
302	PdA-Veranstaltungen	/299	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung						
/680	verschiedene Zürcher Demos	/610	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung						
307	Neue Linke	330.4/673	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung						
/266	maoistische Gruppen, «Organisation communiste suisse» sowie Zeitschrift	35	Östermärsche gegen atomare Aufrüstung						

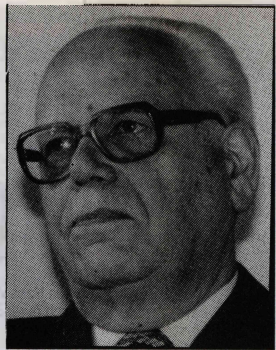
Städte/Kantone/Länder	(005.1)	Stadt Biel	(018.0)	Stadt Zürich	(124)	Bulgarien	(269)	Italien	(439)	El Salvador	(1135)	Rumänien	(2187)	Mexiko
(0) Schweiz	(007)	Basel Stadt	(018.1)	Winterthur	(129)	»Rotchina«	(275)	Kamerun	(457)	Guatemala	(1153)	Sowjetunion	(3118)	Österreich
(000) Genf	(008)	Basel Land	(019)	Thurgau	(135)	DDR	(280)	Uganda ?	(464)	Irak	(1174)	Tschechoslowakei	(4111)	Nicaragua
(001) Waadt	(009)	Aargau	(021)	St. Gallen	(213)	Belgien	(410)	Argentinien	(466)	Irland	(1179)	Ungarn	(4154)	Spanien
(002) Neuchâtel	(010)	Luzern	(024)	Graubünden	(236)	BRD	(419)	Brasilien	(468)	Israel	(2124)	Philippinen	(4158)	Südafrika
(003) Freiburg	(013)	Zug	(14)	Albanien	(245)	Frankreich	(427)	Sri Lanka	(487)	Libyen	(2129)	Portugal		
(004) Wallis	(016)	Tessin ?	(25)	Algerien	(253)	Griechenland	(428)	Chile	(1115)	(Nord-)Korea	(2152)	Somalia		
(005) Bern	(017)	Schaffhausen	(28)	Angola	(254)	Grossbritannien	(431)	Kuba	(1116)	(Nord-)Vietnam	(2175)	Türkei		
(005.0) Stadt Bern	(018)	Kanton Zürich	(50)	international		Iran	(437)	Dominik. Republ.	(1128)	Polen	(2184)	USA		



DIE WEISS-WÄSCHER VON ZÜRICH



Erhard Schweri, alt Bundesrichter, stellt im Auftrag der Zürcher Regierung fest: «Bei der Kapo ist alles zum besten bestellt.» Der Auftraggeber ist zufrieden.



Richard Frank, Alt-Oberrichter, stellt im Auftrag der GPK des Zürcher Kantonsrates fest: «Bei der Kapo ist alles zum besten bestellt.» Der Auftraggeber ist zufrieden.



Werner Stoller (SVP) stellt im Gemeinderat fest: «Beim Stadtzürcher Staatsschutz ist alles zum bestem bestellt.» Die rot-grüne Mehrheit verhindert diese Zufriedenheitserklärung.

Er wohnt im welschen Dörfchen «Umdrehung» (La Conversion), am «Weisswäscherinnenweg» (Chemin des Blanchettes): Erhard Schweri, Alt-Bundesrichter und vorerst letzter Weisswäscher im Kanton Zürich, was Ungereimtheiten im Zusammenhang mit Staatsschutz, PUK und Polizeiaktivitäten anbelangt. Am letzten Mai-Tag wurde sein Untersuchungsbericht in Sachen Shakarchi, Musulluh und Zürcher Kantonspolizei der Öffentlichkeit vorgestellt. Sein Fazit: Bei der Zürcher Kapo ist fast alles zum besten bestellt, die eidgenössische PUK unter Moritz Leuenberger, dem neuen Zürcher Justizdirektor, habe unzureichende Vorwürfe erhoben. In der Verfolgung der Drogenschieber seien keine Laschheiten erfolgt und Shakarchi habe keine bevorzugte Behandlung durch die Polizei erfahren. Rund ein Monat früher, Ende April,

hatte die Geschäftsprüfungskommission des Zürcher Kantonsrates ihren Untersuchungsbericht über die Tätigkeit der Schnüffelpolizei veröffentlicht: Und auch da der Tenor: Eigentlich war fast alles in Ordnung. Kein Wunder: die GPK hatte keine Einsicht in die Akten. Lediglich ein Kantonsrat der EVP durfte zusammen mit dem vom Regierungsrat eingesetzten Alt-Oberrichter Richard Frank (ebenfalls EVP) Einsicht in gewisse Akten der politischen Polizei nehmen. Und so hat denn der Zürcher Kantonsrat in seiner Staatsschutzdebatte vom 10. Juni mit seiner satten bürgerlichen Mehrheit einen Schlussstrich unter die «Fichenhysterie» gezogen. Speziell frapierend an der ganzen Sache: Das «Büro S», von der Kantonspolizei zusammen mit der Zürcher Stadtpolizei betrieben, wurde praktisch nicht untersucht: Die PUK

des Zürcher Gemeinderates konnte nicht, da der damalige Polizeidirektor Hans Hofmann (SVP) die Akten schleunigst beschlagnahmt hatte, als die Zürcher PUK Einsicht wollte, und Kantonsrat Walter Kramer allein war hoffnungslos überfordert. Schwamm drüber, heisst es also mehr oder weniger im Kanton Zürich, und einige tausend Fichierte werden nun wohl doch noch in den Genuss einiger schwarzgefärbter Karteikopien kommen, wenn nach dem Bundesgerichtsurteil der Versand durch die Kantonspolizei nun doch wieder aufgenommen werden sollte.

Etwas anders ist die Situation in der Stadt Zürich in dieser Weisswäscher-Saison: Hier hat die gemeinderätliche PUK – unter dem Präsidium des Freisinnigen Walter Blum – eine hervorragende Arbeit geleistet und die Fakten der Schnüffeleien auf den Tisch gelegt. Die Folge da-

von: Der Zürcher Gemeinderat beschloss, dass die politische Polizei der Stadt Zürich aufgelöst werden müsse. Das ist auch die Absicht des Stadtrates. Vorerst bereitet ein Teil der Beamten noch die «städtischen Fichen» zum Versand vor. Ob sie später tatsächlich nicht wieder zu schnüffeln beginnen, hängt auch davon ab, wie die Direktiven aus Bern lauten werden. Sollte auf Bundesebene die Schnüffelei legalisiert werden, wird's auch in Zürich weitergehen. Nur die SOS-Initiative, so scheint es, kann dafür sorgen, dass die politische Polizei in der Stadt Zürich der Vergangenheit angehört. Denn denkbar ist auch die Variante, dass zwar die Schnüffelpolizei der Stadtpolizei tatsächlich nicht mehr zu funktionieren beginnt, dass aber die Kantonspolizei dies selbständig auch für die Stadt besorgt.

Aargauer Beruhigungsspielle

«Unsere Fraktion ist froh, dass unsere Hoffnung sich heute nach Vorliegen des Berichtes zur Gewissheit wandeln darf: Es ist im Kanton Aargau im Staatsschutzbereich nichts vorgefallen, das irgendwie dramatisch wäre.» So brachte der Sprecher der CVP auf den Punkt, was die Aufgabe der kantonalen PUK war: Die Beruhigung der Gemüter. Unter einem überforderten Präsidenten hat auch die PUK unheimlich agiert. Im Wesentlichen hat sie ihre Untersuchungen auf Aussagen von Beamten gestützt. Mitteilungen von Direktbetroffenen blieben unbeantwortet. Ein Bundesbeamte war bei den Untersuchungen stets zugegen, um die Kompetenzen der kantonalen Behörden auf ein Minimum zu drücken. Zur Posse geriet die Untersuchung und der Bericht bei der Zählung der Fichen: Bei 4 verschiedenen Zählungen gab es 4 verschiedene Resultate: zwischen 5800 und 6100 Fichen gibt's im Aargau.

Unklar bleibt die Aufteilung in kantonale und Bundesakten. Klar ist aber, wenn diese Unterteilung nützt. Erstens dem Bund, der damit die Hand auf die kantonalen Akten legen darf. Zweitens dem Regierungsrat, der im Februar 90 erklärte, es gäbe nur 246 kantonale Fichen, obwohl es über 6000 waren. Drittens kann der Nachrichtendienst den Betroffenen mitteilen, sie seien beim Kanton Aargau nicht registriert, wenn sie nicht zu den 246 Auserwählten gehören. Übrigens: 95% aller Fichen-Informationen kamen von den Bezirksposten der Polizei. Damit ist klar, dass die beiden Beamten des Nachrichtendienstes eine Drehscheibenfunktion ausübten und die gesamte Polizei (neben anderen Behörden und Privatpersonen) nachrichtendienstliche Aufträge ausführten.

Kanton: _____ Postleitzahl und Politische Gemeinde: _____

Eidgenössische Volksinitiative

Im Bundesblatt veröffentlicht am 24. April 1990

S.O.S. – Schweiz ohne Schnüffelpolizei

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 121 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 65^{bis} (neu)

1 Die politische Polizei ist abgeschafft.

2 Niemand darf bei der Wahrnehmung ideeller und politischer Rechte überwacht werden.

3 Die Verfolgung strafbarer Handlungen bleibt vorbehalten.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Der/die Bürger/in, welcher/der das Begehren unterstützt, unterzeichne es handschriftlich. Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Nr.	Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname	Geburtsjahr	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					

Ablauf der Sammelfrist: 24. Oktober 1991

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die (Anzahl) _____ Unterzeichner/innen der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____

Amtsstempel:

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (Unterschrift und amtliche Eigenschaft): _____

Datum: _____

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheber/innen, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit einfacher Mehrheit zurückzuziehen:

Bavleicher Thomas, Dettlingstr. 176, 4057 Basel; Bahr Mariann, Eichmattstr. 12, 6006 Luzern; Bianchi Andrea, Wiesenstr. 20, 7000 Chur; Bichsel Peter, Neukirchweg 24, 4512 Bellach; Bodemann Peter, Nordstrasse 39, 3900 Brig; Bötti Barbara, Feldstr. 27, 3000 St. Gallen; Buxard Peter, Echbühlstr. 66, 4004 Zürich; Branszweg Hansjörg, Sonnenstrasse 26c, 3600 Dübendorf; Brügger Cyril, Berg 265, 1716 Pfäfers; Büchler Michel, Ch. Prist 10, 1454 A. Auberson; Büchler Sibylle, Friedenstr. 90, 4600 Olten; Caraballo Werner, 6533 Lumino; Chappaz Maurice, L. Abbaye, 1934 Le Châble; Charvillat Gaston, Roche 20, 1020 Renens; Camia Pierre-André, Ecole la 2704 Vellerat; Camer Robert, Terrassstr. 39, 1207 Genève; Decarac Eric, de Frontenex 51, 1207 Genève; De Grand Jean-Marc, de la Montagne 110, 1224 Chêne-Bougeries; Dimbleby John, Zepf 64, 4508 Hirsingen; Dattler Jean-Michel, av. Volet 14, 1004 Lausanne; Eschmann Jacques, Hölle 13, 1700 Fribourg; Gattelli Matthias, Stegstr. 4, 8870 Wädswil; Gasser Daniel, Jurastr. 23, 5000 Aarau; Gross Andreas, Freiestr. 168, 8032 Zürich; Günter Paul, Hubel, 3805 Goldswil; Mallas Georges, Bvd. des Philosophes 17, 1205 Genève; Naeff Simone, La Beque 51, 1814 La Tour de Peilz; Nettekoven Hans-Reto, Vogelsangstr. 25, 8006 Zürich; Nettekoven Willy, Zwissstr. 1, 8048 Zürich; Ringler Gottfried, Massonstr. 35, 4005 Basel; Lamp Josef, Hohenweg 14, 6300 Zug; Lenzlecker Oberholzer Susanne, Parkstr. 30, 4123 Allschwil; Leuillier Yvonne, Gabelstr. 3, 8002 Zürich; Leutler Fritz, Reithagstr. 33, 3018 Bern; Lepetit Rene, Versus 808, 1212 G. Lancy; Margale Phyllis, Midlandstr. 45, 2014 Bern; Mauterova Odne, Romans 4, 2800 Delémont; Müller Dimin Jakob, Casa Cadanza, 6658 Borgonovo; Pilette Françoise, Vallon 10, 1006 Lausanne; Preller-Huber Katharina, Toffenweg 9, 3004 Zürich; Reichle Peter, Rosenholzstr. 50, 3000 St. Gallen; Reichenberger Regula, Heroldstrasse 8, 4050 Basel; Reichenberger Walter, Schlapenstr. 23, 8053 Zürich; Reichenberger Christine, Parkstr. 1, 3014 Bern; Savaris Michel, Rogues 1, 2800 Delémont; Schmid Verena, Löwenstrasse 3, 6200 Schaffhausen; Schmid Adrian, Sästr. 21, 6005 Luzern; Schneider Jacques, Chabrey 17, 1202 Genève; Sigard Peter, Kollstr. 33, 3008 Bern; Siger-Aliker Geneva, Engestr. 3, 3012 Bern; Spillit Gerald, Eggstr. 19, 8546 Wagn; Spielmann Jean, Calvin, 1204 Genève; Stader Liame, Hohenweg 10, 3013 Bern; Ufer Charles-André, av. d'Ouchy 73, 1006 Lausanne; von Felten Michael, Neuhofstr. 28, 4601 Olten; Walter Otto F., 1. Bernstr. 41, 4500 Solothurn; Wauder Philippe, de Mettra 34, 1700 Fribourg; Weber Catherine, Hämmerstr. 3508 Aargau

Diese Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurückzusenden an das Initiativkomitee: S.O.S., Postfach 6948, 3001 Bern, welches für die Stimmrechtsbescheinigung besorgt sein wird.

Unglaublich, aber wahr...

Schon über ein Jahr, landauf und landab, stadteinwärts und auf der Landschaft, bei Sonnenschein und im Regen sammeln wir Unterschriften für die Initiative für eine «Schweiz ohne Schnüffelpolizei» – und noch immer sind die notwendigen 100'000 beglaubigten Unterschriften nicht beisammen. Wir können uns das nur so erklären, dass Sie (ja, genau Sie) sie nicht abgeben haben. Hier haben Sie ein letztes Mal Gelegenheit dazu.

SOS : Save Our Schnüffelpolizei

SammlerInnen gesucht

...nicht für Kaffeerahmdeckeli, Briefmarken und anderen Strandgut – sondern für Unterschriften:

In einem letzten Schlussspurt muss es uns gelingen, vor den Sommerferien die S.O.S.-Initiative zu sichern. 90'000 beglaubigte Unterschriften liegen jetzt vor.

An folgenden Daten/Orten sind Sammelaktionen bereits organisiert. Weitere folgen in Luzern, Zug, Infos dazu sind beim Sekretariat erhältlich. Telefon 031 45 48 58.

Zürich:

Donnerstags, 20./27. Juni und 4. Juli, 17 – 21 Uhr, Hirschenplatz

Samstag, 15./22./29. Juni, 11 – 16 Uhr, Hirschenplatz

Basel:

In der Woche vom 22. bis 29. Juni, nähere Infos und Anmeldung beim Sekretariat.

Festivals:

St. Gallen Open Air 28.-30. Juni

Thurgau, Frauenfeld 5.-7. Juli

Bülach, Lindenhof Happening 12.-13. Juli

Brienz, Brienzensee Festival 12.-14. Juli

Frick, Open Air 26.-28. Juli

(Anmeldung beim Sekretariat, 031 45 48 58)

Die Schweizer Sektion von «amnesty international» feierte im vergangenen Mai ihr 30-jähriges Jubiläum. Rechtzeitig zum Geburtstag erhielt die Gefangenenhilfsorganisation Einblick in ihre Bupo-Fiche. Der erste Eintrag: Ein Polizeibericht zur Gründung der «ai»-Sektion Genf vom 7. November 1967. Der (vorläufig?) letzte Eintrag: Ein Hotelmeldezettel einer «ai»-Gruppe, die am 23. 11. 1986 im Berner Jura nächtigte. Mit total 131 Ficheneinträgen

haben die Bupo-Schnüffler fast jede Aktivität von «amnesty international» in der Schweiz registriert. Auf den Deckblatt der «ai»-Fiche hat die Bupo auch die (damaligen) Mitglieder des «ai»-Ehrenpräsidiums fichtiert: «Friedrich Traugott Wahlen, Willy Spühler, Walter Bringolf, Friedrich Dürrenmatt und andere.» Der heutige «ai»-Pressesprecher Felix Adank schreibt der Bupo eine «offenen Brief», den wir hier dokumentieren:

Sehr geehrte Herren der hochwohlwollenden Bundespolizei, Sie haben es nicht versäumt, die Schweizer Sektion von amnesty international (ai) über ziemlich genau 22 Jahre hinweg scharf zu beobachten. Keine (bewilligte) Standaktion, kaum ein Film- oder Vortragsabend und nur wenige Fackelzüge und Kundgebungen, die Ihrer Aufmerksamkeit entgingen. Ja sogar der Backwaren- und Kerzenverkauf von ai-Gruppen war Ihnen ein Eintrag wert! Sie haben im Verlauf Ihrer Beobachtungstätigkeit auch herausgefunden, dass die «Bewegung für die Meinungs- und Religionsfreiheit», wie Sie uns zu umschreiben pflegten, durch den englischen Anwalt P. Benenson gegründet wurde. Und Sie haben durch Bespitzelung, Telefonabhören und das gewissenhafte Auswerten von Zeitungen und Zeitschriften gar manches an die Oberfläche geholt, das im Sumpf des Vergessens zu versinken drohte. Trotzdem: Ihre Erkenntnis über amnesty international war und ist lückenhaft, weil Sie Wesen und Ziel unserer Organisation nicht erkannten, nicht erkennen wollten. amnesty international wurde 1961 als Gefangenenhilfsorganisation gegründet. Die Gründerväter in London waren geradezu fixiert darauf, Unparteilichkeit und politische Unabhängigkeit zu demonstrieren. Das

- | | |
|----------|--|
| 23.6.76 | v. Süreté NE, Monatsbericht: Die lokale Sektion von Le Locle der A.I. er-
hielt am 29.5.76 ein Kinderballon-Wettfliegen. |
| 26.10.77 | v. ND-BE: Abend mit Liedern, Chansons und Information am 5.11.77 im
Kirchgemeindehaus Glockental-Steffisburg. Veranstalter sind die AI-Grup-
pe Steffisburg und der Liedermacher BORN Ernst, 49. Seine Liedertexte
sind durchwegs linksgerichtet. Flugblatt/Einladung beiliegend. |
| 22.9.82 | v. Sikripo BE: Bericht über eine angebliche Besetzung des AI-Sekretariats
in Bern durch eine Gruppe türkischer Kurden am 22.9.82. Die Aktion ge-
schah im Einverständnis mit AI und verlief friedlich. Sie war lediglich
als 'Besetzung' aufgezogen, um der Sache mehr Publizität zu verschaffen. |

glaubten sie dadurch zu erreichen, dass ai-Gruppen immer drei Gewissensgefängnisse zugleich adoptierten und betreuten: einen aus dem Westen, einen aus dem Osten und einen aus der Dritten Welt. Als Staats-schützer liessen Sie sich selbstverständlich nicht beirren: Sie notierten am 15. Januar 1974, ein gewisser Hans Martin Sutermeister, inzwischen verstorbener LdU-Gemeinderat und Schuldirektor der Stadt Bern, verlange eine Überprüfung von ai, «die seiner Meinung nach prokommunistisch manipuliert.» Wenig später legten Sie einen «Bund»-Artikel des glü-

henden Antikommunisten und späteren Nationalrats Peter Sager «Anmerkungen zu Amnesty International» zu den Akten. War es Zufall, dass die Eidgenössische Oberzolldirektion kurz darauf 20 von der ai-Schweizer Sektion bestellte Grammoplaten «Solidarität mit Chile» beschlagnahmte? Sie notierten etwas verärgert: «Die Sendung wurde am 27. 2. 74 freigegeben.» – Überhaupt: Ihre Kommentare und Unterstellungen! Standaktionen wurden meist lapidar mit «Keine Vorkommnisse, geringes Interesse» abgetan. Kein Wort hingegen zum Verkauf von Backwaren

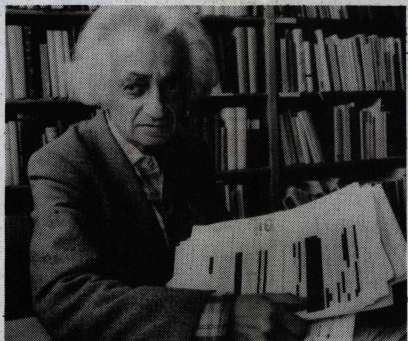
und Kerzen, die gemäss zuverlässigen und übereinstimmenden Rückmeldungen der ai-Gruppen regelmässig reissenden Absatz finden! Etwas boshaft finden wir Ihre Vermutungen, ai habe Verbindungen zur uruguayischen Guerillaorganisation «Montenaros» gehabt (1978) oder die Besetzung unseres Sekretariats durch kurdische Türken 1982 sei «im Einverständnis mit ai» erfolgt: «Sie war lediglich als 'Besetzung' aufgezogen, um der Sache mehr Publizität zu verschaffen.» Dass die Kommunikation innerhalb der Bundesverwaltung besser klappt, als gemeinhin ange-

nommen, belegen die Kopien unserer Korrespondenz, welche Ihnen das Eidgenössische Angedepartement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) bis anfangs der achtziger Jahre gelegentlich zukommen liess. Dass Ihr Interesse ab und zu auch unserem Telefon galt, beispielsweise weil ai 1975 im Zusammenhang eines Dienstverweigerungsprozesses in Wimmis («Aburteilung des LANG Josef 54») Kontakt zur RAZ (Revolutionäre Aufbauorganisation Zürich) aufnahm, ist nur zu verständlich: der immer umfassenderer Auftrag unserer Organisation hatte und hat Papierberge zur Folge, die beim besten Willen – und der war ja vorhanden! – nicht mehr auszuwerten waren. War es darum, dass Sie am 2. 6. 89 nach der Einreichung unserer Petition «Menschenrechte und Waffen-ausfuhr» die Segel strichen und beschlossen, unsere Fiche abzuschliessen? Unser Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte in der Schweiz und anderswo wird – mit oder ohne Ihre Begleitung – jedenfalls weitergehen. Wir fühlen uns auch im 30. Jahr unseres Bestehens noch jung und tatenfroh und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

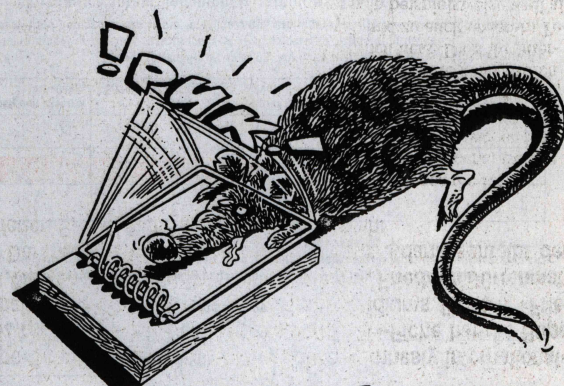
amnesty international, Schweizer Sektion, Felix Adank, Pressesprecher.



Max Frisch (gestorben am 4. April 1991) richtete seine letzten veröffentlichten Zeilen an Marco Solari, der ihn hartnäckig zweimal zur Teilnahme an irgendwelchen CH91-Festivitäten einladen wollte. (Dokumentiert ist der Brief in der WoZ vom 15. März 1991). Zitat: «Die 700-Jahr-Feier, die Sie zu gestalten haben, missfällt mir aus ernstesten Gründen. Das wissen Sie, aber das hindert Sie nicht an dieser Einladung.» Seine Fiche bezeichnet Frisch als «kein Dokument der Ignoranz, der Borniertheit, der Provinzialität. Man kann darüber witzeln, ich halte es für eine ernste Sache; dieses Fichen-Werk signalisiert das heutige Staatsbewusstsein.» Für Frisch ist die Schweiz ein «verludener Staat».



Theo Pinkus (gestorben am 5. Mai 1991) gehörte mit 250 Fichen-Blättern zu den bestbespitzelten Menschen. Unter seiner «persönlichen» Dossienummer «300.2/59» hat sich in den Karteikästen der Bupo einiges angesammelt. Die Bundesanwaltschaft hatte während 22 Jahren gegen ihn ein Verfahren wegen Spionage laufen lassen. Dieses Verfahren lieferte den fadenscheinigen Vorwand für eine ebenso lange Telefonabhörung, die aber nie dazu diente, Theo wirklich der Spionage zu überführen. Vielmehr hoffte die Bupo, dank dieser Dauerüberwachung den weitgefächerten Personenkreis, den Pinkus unermüdlich auf- und ausbaute, lückenlos zu fischieren. Zumindest das ist der politischen Polizei gelungen.



FERTIG GESCHNÜFFELT? DENKTE!

Sagt ein Ficher zum anderen: «Schönes Fichen-Wetter heute?», «Ja, die Wellen haben sich endlich gelegt.»